









Geschichtskalender.

10. März.

Am 10. März 1788 wurde zu Lubowitz bei Ratibor „der letzte Ritter der Romanik“, Joseph Freiherr v. Eichendorff, geboren. Das glänzende Leben im eisensteinen Saale, die abendsonnige Wärme, das süßere väterliche Schloß waren ihre Reize auf seine Werke. Schon in Dresden auf dem Gymnasium ergriff ihn poetischer Genius. Eichendorffs Nachlass liegt in seinen Gedichten, die heute überall gelesen werden und Volkslieder geworden sind. Wie häufig läßt sich mit Eichendorffs Lied wandern: „Dem Wort will rechte Gutmüthigkeit und wie wegmüthig stimmt uns sein „Zerbrochenes Klingeln“ (zu einem hüben Lied). Von seinen Erzählungen wird heute noch viel gelesen das „Leben eines Zaunmädchens“.

Halle'sche Nachrichten.

Halle a. S., den 9. März.

Halle'scher Bürgerverein.

(Bezirksbeilegung. — Rechtskanstiftung. — Das städtische Volkshaus. — Straßeneinigungsfrage. — Wertzuwachssteuer. — Präparandenanstalt und Lehrerseminar in Halle).

Bei zahlreicher Beteiligung tagte gestern der Halle'sche Bürgerverein unter dem Vorsitze des Herrn Ehrenbürgermeisters und Stadtoberordneten Diegel im kleinen Saale der „Kaiserhöfe“. Nach Begrüßung der Anwesenden teilte der Vorsitzende mit, daß der Verein in der Zukunft weiter einen ehrenamtlichen Vorstand an Mitgliedern zu wahren habe. Hierzu bestimme er über die letzte Sitzung des Vereinsauschusses, über welche die „Halle'sche Zeitung“ seinerzeit ausführlich berichtete, und ging insbesondere auf die Rechtskanstiftung ein. Er stellte fest, daß in Halle bei der minderbemittelten Bevölkerung ein wohlverbreitetes Bedürfnis nach Rechtsberatung bestehe. Dieses Bedürfnis solle eine gemeinnützige Rechtskanstiftung befriedigen, welche unparteiisch und kostenlos die Fragen der sozialpolitischen Fragestellung u. dergl. Auskunft zu geben habe. Von seiner Seite wurden Vorschläge gemacht, daß die Einrichtung, wenn sie hauptsächlich geübt werden würde, vielleicht nicht unparteiisch wirke. Demgegenüber wurde aber die günstigen Erfahrungen hingewiesen, welche bereits mit bei anderen Gemeinden bestehenden Rechtskanstiftungen erzielt seien.

Hierauf kam die Errichtung eines städtischen Volkshauses zur Erörterung. Dem Vereine war eine große Zahl von Anregungen zugegangen, für eine alsbaldige Einrichtung des Hauses nachdrücklich einzutreten. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Umgestaltung des Volkshauses, nachdem durch die Erweiterung des Antiquariats die Verhältnisse der Stadtbibliothek nicht nur noch eine Frage der Zeit ist, sofort in Angriff genommen werden müßte und daß auch die Wünsche der bestehenden Lehrer- und Schullehrervereine bei der Einrichtung nicht Berücksichtigung finden müßten. Es entfiel auch darauf für die Stadt eine wohl beachtenswerte Einnahme. Für die hiesigen Arbeitervereine trat insbesondere Herr Ehrenbürgermeister Ritter ein. Sodann wurde die Frage der Hebung der Straßeneinigungsfrage auf die Tagesordnung behandelt. Nach eingehender Besprechung der vorliegenden Magistratsvorlage durch Herrn Oberpolitik-Beamten Helmele kam man zu dem Schlusse, daß man sich mit der Lebensnahme der Kosten auf die Allgemeinheit im großen und ganzen einverstanden erklären könne. Der Vorsitzende wies darauf hin, daß nach dem Ergebnisse der letzten Sitzung der Finanzkommission die Lebensnahme der Straßeneinigungsfrage auf die Stadt vorzugsweise am 1. April 1907 erfolgen werde und man deshalb noch weiterer Gelegenheit habe, sich mit den Einzelheiten dieser Frage zu befassen.

Es folgte der Vortrag des Herrn Hermann über die Befreiung des Grund und Bodens und der Gebäude nach dem gemeinen Werte. Der Vortragende ging von der Befreiung des Grund und Bodens im allgemeinen aus und wies darauf hin, daß die Befreiung nach dem gemeinen Werte die einzige sei, welche nicht abgewälzt werden könne. Die Forderung der Befreiung nach dem gemeinen Werte sei eine bodenreformelle. Unter Hinweis auf die Forderung der Grund- und Bodensfreiheit (s. B. in Charakteristik, Kap. 110), sowie auf die Dr. Steinbrück'sche Arbeit über die Wertberichtigung der Gebäude im Halle legte er die Berechtigung dieser Steuer dar und führte an der Hand der Verhandlungen über die früher der Stadtoberordnetenversammlung gemachten Vorlage die damals gemachten Einwände der Gegner als schwach und unhaltbar zurück. Die damalige Fassung des hiesigen Grund- und Bodensfreiheitsgesetzes ist im Interesse der kleinen Hausbesitzer zu bedenken und darum unveränderlich. Der Vortrag fand sehr beifällige Aufnahme. Es schloß sich eine lebhaft Diskussion an, derselben, in der auch ein teilweiser Gegner der Sache zu Worte kam. Es kam hierbei zum Ausdruck, daß durch die Befreiung nach dem gemeinen Werte nur eine gerechtere Befreiung erreicht werden solle. Die jährige Befreiung bedente ein Privileg der herrschaftlichen Häuser, der Warenhäuser und der Kaufleuten

zu Ungunsten der kleinen Hausbesitzer. Die weitere Befreiung der Angelegenheit wurde dem Vereinsauschusse übertragen.

Hierauf erläuterte Herr Mittelbürgermeister die ein interessantes Merkmal über die Einrichtung einer Präparandenanstalt und eines Lehrer-Seminars in Halle. Er erörterte das für und wider in eingehender Weise und hielt eine Präparandenanstalt nur dann in Halle für zweckmäßig, wenn gleichzeitig eine staatliche Abgangsprüfung eingeführt werde. Nach eingehender Erörterung wurde die Angelegenheit wegen Prüfung der finanziellen Seite dem Vereinsauschusse überwiesen. Schließlich wurden eine Reihe von Eingängen über Wünsche in verschiedenen Stadien beprochen, so die nächste Beschaffenheit des Vorkursfaches des Bürgervereins auf der Kaiserbrücke, der Zustand der Grünwägenstraße sowie der Poststraße u. s. w.

Weitere Punkte der Tagesordnung mußten wegen der vorgerückten Zeit abgelehnt werden.

Die städtische Finanzkommission hat gestern einen wichtigen Beschluß gefaßt: Sie hat den vom Magistrat eingetragenen Nachtragsetat abgelehnt. Die Positionen für die Lebensnahme der Straßeneinigungsfrage durch die Stadt, sowie die Erhöhung der Lehrer- und Beamtengehälter sollen zum Zwecke eingehenden Studiums und möglichst umfangreicher Erhebungen erst in den nächstjährigen Etat eingestellt werden, d. h. die Straßeneinigungsfrage soll erst am 1. April 1907 eingeführt werden. Von dem gleichen Zeitpunkt an ist die Erhöhung der Lehrer- und Beamtengehälter gebüht. Es ist anzunehmen, daß die Aufstellung der Finanzkommission, die manches für sich hat, auch im Plenum akzeptiert werden wird. — Betr. die Vergütung der zwei Millionen-Anleihe empfiehlt die Finanzkommission, dieselbe der Magdeburger Privatbank zu übergeben, welche mit 98,57 das Höchstgebot abgegeben hatte. — Die Haushaltspläne der Kammer für 1906, und zwar Kap. XVIII, Gemeindeabgaben, und Kap. XIX, Insgemein, wurden genehmigt, ebenso die Verjährung des Titel III, 2 und 3 des Schlachthofgesetzes und der Pol. A 5 des Kapitels XVI, Müllratz in den hiesigen Anlagen. — Für den deutschen Feiertag am 22. und 23. Juni 1906 in Halle wurden 2000 M. bewilligt. — Auch die Haushaltspläne betr. die Fürsorge für die Hinterbliebenen der hiesigen Beamten und die Panzels- und Gewerkschaft für Waisen wurden genehmigt. — In einigen Banjahren wurde der Baukommission zugestimmt.

Die Verpachtung des Stadthofes beifällige den Magistrat in einer seiner letzten Sitzungen, welche der öffentliche Verkauf an die Stadtvorordneten zu richten, in der die öffentliche Ausschreibung der Verpachtung beantragt wird, jedoch mit der ausdrücklichen Bemerkung, daß, sollte die Verpachtung die Wiederverpachtung an Herrn Direktor Richards betreffen, der Magistrat diesem Beschlusse nicht im Wege stehen würde, weil die von ihm beantragte öffentliche Ausschreibung nur mit Rücksicht auf frühere Zustimmung der Verammlung gefaßt. Der Magistrat erklärt auch, daß die Verpachtung des Stadthofes unter der Direktion des Herrn Richards durchaus befriedigend war. Den künftigen Käufer werden in den neuen Bedingungen durch Erhöhung des Vorkaufes, Bestimmungen über Einweisung von Wägenpersonal, allgemeine Vorschriften usw. größere Forderungen gestellt, was aber eine mögliche Erhöhung des Vorkaufes und Kaufpreises zugunsten, weil die Voraussetzungen des Direktors den Befürchten des Direktors zugeteilt kommen. Die Preisversteigerung entspricht zwar den von Herrn Direktor Richards geäußerten Wünschen nicht ganz, der Magistrat glaubt aber trotzdem, von Herrn Richards eine angemessene Differenz zu erhalten.

Evangelischer Bund zur Wahrung deutsch-protestantischer Interessen.

In der am Mittwoch im „Schloßhof“ abgehaltenen Zusammenkunft von Freunden des Bundes wurde lebhaft über den jüngst im Reichstagsrat zur Verhandlung des Evangelischen Bundes erwiderten „Fall Pöfifer“ gesprochen. Bekanntlich ist dem Pöfifernten Behörde verboten worden, an einem Sonntag-Nachmittag in seiner dienstfreien Zeit in Halle bei Dürrenberg einen Vortrag über den Evangelischen Bund zu halten. Gewißlich seien hier die die Behörde fallenden zwei Fragen: „War die betr. Behörde überhaupt zu jenem Verbot berechtigt?“ und „Warum ist denn dem Herrn Geheimen Oberpolitik-Ratig aus Berlin, der im vorigen Jahre in Anhalt sehr lebhaft in einem Vortrage gehalten im katholischen Volkverein gegen den Evangelischen Bund sorgung, nicht ebenfalls sein öffentliches Auftreten verboten worden?“ Man war der Meinung, daß wenn ein so hoher Beamter ungehindert von seiner Behörde gegen eine große Vereinigung von Protestanten

reden dürfe, es auch einem Pöfifernten nicht verboten werden sollte einmal in seiner dienstfreien Zeit zu den Gauenbüchern über die Wahrung deutsch-protestantischer Interessen zu sprechen. Bezeichnend für den Kurs unserer Staatsbehörden sei es, daß ein katolischer Priester, der des Falles Pöfifer wegen an die Oberpolitikdirektion schrieb, heute den Triumph feiern könne, einen für die Rechte der Protestanten begünstigten Mann zum Schwelger gebracht zu haben. — Im Hinblick auf diesen in unierer Zusammenschluß protestantischer Gemeindegruppen sich zugestragenen Fall geht der Generalsekretär des Bundes, Herr Lic. W. K. u. n. i. d. s., aus umfangreichen gesammelten Materialien der Bundesblätter in Bayern, wie noch viel schwieriger sich die Verhältnisse für die Evangelischen in dem fast ganz katholischen Bayern gestalten. Dort muß der evangelische Soldat frumm liegen vor dem über die Straße getragenen Soldatengruß (der Hof); dort darf der evangelische Priester aus Bremen oder dem übrigen Deutschland nicht predigen ohne die Erlaubnis des Königs von Bayern, dort darf kein evangelischer Gottesdienst gefeiert werden ohne die Erlaubnis wiederum des Königs von Bayern. Wohlverstanden, die bayerische oberste Kirchenbehörde ist zu dieser Genehmigung nicht einwillig, sie muß den König in jedem einzelnen Falle darum bitten. Das königliche bayerische Oberkonsistorium ist nämlich ein dem Staatsministerium des Innern (mit katholische Beamte) unmittelbar untergeordnetes Kollegium, es empfängt von demselben Befehle und Bescheide und erstattet an dasselbe Bericht. — Das alles sind recht teure Materialien zu dem im Folgenden Vortrage des Zentrums geleitetem Vortrage der Religionsfreiheit. — Im Jahre 1899 in Bayern Selbstbestehen bei seinen Vorträgen über die evangelische Bewegung. Schwierigkeiten bei der Erlangung der Erlaubnis der Versammlungen letzter vor Beginn durch die Polizei und Entzündung von ultramontanen Sprengstoffminen in die nur die Evangelische bestimmt, Veranlassung, daß es zu überwinden und ein Nachspiel blieb nicht aus, nämlich ein Strafverfahren gegen ihn selbst wegen angeblicher Beschimpfung der katholischen Kirche, von der freilich die Versammlung überausenden Polizeibeamten nichts gehört hatten und deshalb auch Freisprechung erfolgte.

Das Ergebnis dieser seitenden Mitteilungen wurde zusammengefaßt in der bringenden Mahnung an die Evangelischen, sich anzuschließen an den Bund, nicht zur Bekämpfung der katholischen Kirche, sondern der ultramontanen Macht im Deutschen Reich, die bedrohend wird.

Für die herannahende Konfirmation.

Bringt das „Kirch. Gemeinwohl.“ folgende beherzigenswerten Mahnungen: Der äußeren Vorbereitungen seien nicht zu viele. Je mehr bereinigt gemacht wird, desto leichter wird die Konfirmation von den entscheidenden Hauptplätzen abgelehnt. Der Tag der Konfirmation soll nicht aus, nämlich ein Strafverfahren gegen ihn selbst wegen angeblicher Beschimpfung der katholischen Kirche, von der freilich die Versammlung überausenden Polizeibeamten nichts gehört hatten und deshalb auch Freisprechung erfolgte.

Das Ergebnis dieser seitenden Mitteilungen wurde zusammengefaßt in der bringenden Mahnung an die Evangelischen, sich anzuschließen an den Bund, nicht zur Bekämpfung der katholischen Kirche, sondern der ultramontanen Macht im Deutschen Reich, die bedrohend wird.

Vortrag Gottesdienst. Sonntag, den 11. März, abends 6 Uhr findet in der Dornstraße zur Einführung in die Pöfifernten ein liturgischer Gottesdienst unter Mitwirkung des Domkapellmeisters statt.

Der evangelische Arbeiterverein hält nächsten Montag, den 12. März, abends 7 Uhr eine Monatsversammlung ab. Herr Pastor G. e. r. e. i. e. wird einen Vortrag über „Einführung in die Pöfifernten“ halten. Die Redeversammlung hält am 21. März ihre Versammlung im Albrechtstr. 27, im Gemeindehaus.

Die Oberhofschule Nr. 52 Halle a. S. der Deutschen Arbeitervereine in Nürnberg, Gumb. Landau und Wittenberg am Sonntag, den 11. März, abends 8 Uhr in den „Kaiserhöfen“ eine öffentliche Vortragsveranstaltung, bestehend in Vorträgen, Gesangs-Vorträgen und Theater, unter gütiger Mitwirkung von Damen und Herren aus den Bürgerkreisen. Im Interesse der guten Sache heißt

Meine diesjährige Sommerhut-Ausstellung ist eröffnet. Meine Hut-Passage bitte zu beachten! Kaufhaus H. Elkan, Leipzigerstr. 87. Ueberraschende Auswahl. Billigste Preisstellung. Chiko Garnierungen. Kulanteste Bedienung.



Safer per Mai 162,25, Juli 162,75, ...

Börse von Berlin vom 9. März. (Eigener Nachdruck der Berliner Börse.)

An der Börse herrscht im allgemeinen die Ansicht vor, daß die Markoff-Prage einer friedlichen Lösung entgegensteht...

eine baldige Erleichterung des Geldmarktes erwartet und daraufhin ist auch die Festigkeit der Prosa, Weichsanteile...

Börse wurde weitere Festigkeit in Renten, Deutsche Bank 244,30 nach 243,25, Diskonto 189,50, Dresdener Bank 164,25...

Preisnotierungen für Kuxe vom 9. März. Mitgeteilt von der Filiale der Magdeburger Privat-Bank, Halle a. S.

Table with columns for Aktien, Anleihe, and other securities, listing various companies and their prices.

Wöchentliche Uebersicht über den Schlachtvieh-Verkehr in Hamburg im Februar 1906.

Table showing weekly overview of slaughterhouse traffic in Hamburg for February 1906, including categories like Cattle, Pigs, and Sheep.

Table showing prices for various types of livestock (Cattle, Pigs, Sheep) in Hamburg, categorized by quality and sex.

Stücklisten Anzeigen von Halle und Vororten.

Am Sonntag Reminiscenz, den 11. März etc., predigen: In H. 2. Franzen, Born, 10 Uhr, Oberst. Prof. Schmidt...

Kursnotierungen der Berliner Börse vom 9. März, 2 Uhr nachmittags.

Large table of stock market quotations from the Berlin stock exchange, including sections for Wechsel-Kurse, Eisenbahn-Aktien, Bank-Aktien, and Pfandbriefe.

Kursnotierungen der Leipziger Börse vom 9. März, 1 Uhr.

Table of stock market quotations from the Leipzig stock exchange, including sections for Eisenbahn-Aktien, Bank-Aktien, and Pfandbriefe.

Table of international stock market quotations (Ausländische Staatspapiere, Industriepapiere, Brauerei-Aktien) from various foreign markets.

Table of international stock market quotations (Ausländische Staatspapiere, Industriepapiere, Brauerei-Aktien) from various foreign markets, continuing from the previous table.

Bankhaus Paul Schauseil & Co., Halle a. S., Bitterfeld, Deltitzsch, Ellenburg. An- und Verkauf von Wertpapieren, Einlösung von Coupons...

